

Antrag 68/I/2021**Unterbezirk Barnim, Ortsverein Wandlitz****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Zügige und deutliche Verbesserung des SPNV- und ÖPNV-Angebotes in Brandenburg realisieren**

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder
- 2 der Landesregierung werden aufgefordert:
 - 3 1. Sich noch deutlicher als bisher für eine zü-
 - 4 gige und deutliche Verbesserung des SPNV-
 - 5 und ÖPNV-Angebotes in Brandenburg einzu-
 - 6 setzen.
 - 7 2. Das von der Bundes-SPD zur Zukunftsmissi-
 - 8 on erklärten Aufgabe der Schaffung des mo-
 - 9 dernsten Mobilitätssystems in Europa ohne
 - 10 Einschränkung auch in Brandenburg umzu-
 - 11 setzen. (*Zitat: „Wir werden die Verkehrswen-*
 - 12 *de voranbringen und bis 2030 das modernste*
 - 13 *und klimafreundlichste Mobilitätssystem Euro-*
 - 14 *pas aufbauen.“*)
 - 15 3. Die aktuell anstehenden Verhandlungen der
 - 16 Landesregierung mit der Volksinitiative „Ver-
 - 17 kehrswende Brandenburg jetzt!“ zur Schaf-
 - 18 fung eines moderner Mobilitätsgesetzes pro-
 - 19 gressiv mitzugestalten und das Gesetz in den
 - 20 Haushaltsplänen des Landes der Jahre 2022 ff.
 - 21 ausreichend zu dotieren.
 - 22 4. Die durch die Bundes-SPD im Rahmen des
 - 23 Bundestagswahlkampfes 2021 abgegebene
 - 24 Mobilitätszusage auch im Rahmen des neuen
 - 25 Brandenburger Mobilitätsgesetzes, des zu
 - 26 novellierenden Landesnahverkehrsplanes und
 - 27 weiterer Fachplanungen und Verordnungen
 - 28 auch in Brandenburg zügig umzusetzen.
 - 29 (*Zitat: „Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie:*
 - 30 *Jede*r Bürger*in – in der Stadt und auf dem*
 - 31 *Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an*
 - 32 *den öffentlichen Verkehr haben.*)
 - 33 5. Kurz- und mittelfristig dafür Sorge zu tragen,
 - 34 dass auf den stark frequentierten und häufig
 - 35 überlasteten SPNV-Relationen deutliche Ka-
 - 36 pazitätserhöhungen und bessere Takte durch
 - 37 den Aufgabenträger Land Brandenburg, dies
 - 38 in enger Abstimmung insbesondere mit dem
 - 39 Land Berlin, bestellt und realisiert werden. Be-
 - 40 sondere Rücksicht ist auf die Stoßzeiten im Be-
 - 41 rufsverkehr, in den Ferienzeiten und bei Schie-
 - 42 nenersatzverkehr zu nehmen.
 - 43 6. Die für das zukunftsweisende Programm

44 i2030 notwendigen Planungsmittel und
45 die beim Land Brandenburg und seinem
46 Dienstleister VBB notwendigen Planungska-
47 pazitäten in den Haushaltsplänen 2022 ff. des
48 Landes abzusichern.

49 7. Rechtszeitig dafür Sorge zu tragen, dass die
50 i2030-Maßnahmen nach Vorlage des Bau-
51 rechtes unverzüglich begonnen werden kön-
52 nen. Hierzu sind neben EU- und Bundesmittel
53 sowie Mitteln der Eisenbahninfrastrukturun-
54 ternehmen auch Ko-Finanzierungsmittel des
55 Landes (wenn notwendig) zum Einsatz zu
56 bringen.

57

58

59 **Begründung**

60 Bisher geht die Umsetzung des Gemeinschaftspro-
61 gramms i2030 sehr zögerlich voran. Die Erreichung
62 der Ziele ist ohne zusätzliche Anstrengungen nicht
63 mehr in vollem Umfang möglich. Die Sichtweise
64 aus der Landeshauptstadt heraus ohne ausreichen-
65 de Beteiligung der Landkreise und Kommunen muss
66 ein Ende haben.

67 Bei den derzeit geltenden Rahmenbedingungen für
68 Investitionen in die Infrastruktur aber auch bei der
69 Beschaffung von Fahrzeugen muss sofort gehandelt
70 werden. Eine Umsetzung der Wahlziele der Bundes-
71 SPD ist sonst nur ein Lippenbekenntnis ohne Chan-
72 ce der zeitgerechten Umsetzung. Dabei sollte sich
73 Bund und Land nicht nur auf Gesetzesänderungen
74 zum Planrecht verlassen, da die Durchsetzung auch
75 ihre Zeit braucht. Dann verlorene Zeit.

76 Bei der Formulierung zum Mobilitätsgesetzes, des
77 zu novellierenden Landesnahverkehrsplanes soll-
78 te von einer drastischen Veränderung der Mobili-
79 tätsentwicklung ausgegangen werden. Daraus sind
80 dann die Beförderungsziele abzuleiten, welche dann
81 die Grundlage der Infrastrukturplanung bilden. Die
82 derzeitigen Kriterien zur Versorgung in der Fläche
83 sind überarbeitungsbedürftig und bedürfen somit
84 auch zusätzlicher Subventionen. Derzeitige Relatio-
85 nen im Verkehr zwischen den Hauptzentren sind
86 bereits jetzt im Berufsverkehr überdurchschnittlich
87 ausgelastet und ermöglichen so gut wie keine Stei-
88 gerungsmöglichkeiten in den Kapazitäten.

89 Zukünftig geplante Ausschreibungen /Vergaben
90 von Verkehrsleistungen sind so zu gestalten, dass
91 mehr Flexibilität in der Anpassung der Kapazitäten
92 über die Vertragslaufzeit hinweg möglich ist. Hier

93 kann man Beispiele aufnehmen.
94 Die Anstrengungen zur Beschaffung von zusätzli-
95 chen Mittel vom Bund oder der EU sind zu verstär-
96 ken, da auch hier durch erhebliche bürokratische An-
97 tragsstellungen viel Zeit verstreichen kann.
98 Ohne das sofortige Umdenken und Handeln sind
99 die im Bundeswahlprogramm getätigten Aussagen
100 „Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die
101 Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber
102 auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt.
103 ...Der Bund wird durch Austauschprogramme seinen
104 Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen
105 bis 2030 in den Kommunen klimaneutral fahren und
106 die vorhandenen Flotten modernisiert sind.“ nicht zu
107 erreichen.
108 Die derzeitigen Planungs- und Realisierungszeiten
109 erfordern den Abschluss aller Planungsvereinbarun-
110 gen noch bis 2022. Die Finanzierung ist in den Haus-
111 haltsplänen sicher zu stellen.